

Advokatur
Dr. Stefan Suter
Clarastrasse 56
CH - 4005 Basel
Tel.: 061 / 691`92`10
Fax: 061 / 691`92`35
dr.st.suter@bluewin.ch
Anwaltsregister Basel-Stadt

An: Petko	<input checked="" type="checkbox"/> Bearbeitung <input type="checkbox"/> dir. Erledig. <input type="checkbox"/> z.K.	Kop: GR, UD, TV, AF Vis: del
Bem. / Frist:	17. MAI 2010	Gemeinde Riehen
FF:	<input type="checkbox"/> Bearbeitung <input type="checkbox"/> dir. Erledig. <input type="checkbox"/> z.K.	Kop:
Bem. / Frist:	Reg. Nr:	Vis: Basel, 12. Mai 2010

Petitionskommission des
Einwohnerrates der Gemeinde Riehen
Gemeindehaus
Wettsteinstrasse 1
4125 Riehen

„Allmendwege“

Sehr geehrte Damen und Herren

Namens und auftrags beiliegender Einwohnerinnen und Einwohner der Gemeinde Riehen wird hiermit eine Petition eingereicht mit folgenden Anträgen:

1. Es sei der Gemeinderat durch den Einwohnerrat zu verpflichten, bei (faktisch) erschlossenen Strassen (Kanalisation, Kabel-TV etc.) auf die Erhebung von Mehrwertbeiträgen der entsprechenden Anstösser zu verzichten.
2. Es sei auf die Verbreiterung der teilweise seit Jahrzehnten faktisch erschlossenen, im Übrigen auch asphaltierten Strassen zu verzichten.
3. Es sei durch den Einwohnerrat somit ein Beschluss zu fassen, wonach möglichst wenig ins Eigentum der entsprechenden Anstösser/Grundeigentümer eingegriffen wird.

Begründung

1. Der Gemeinderat hat mit Beschluss vom 26.01.10 (publiziert 26.03.10) ein Erschliessungsprogramm für sogenannte „Allmendwege“ beschlossen. Es handelt sich allerdings nicht um Wege, sondern um zum Teil längst faktisch erschlossene und asphaltierte Strassen oder Strassenabschnitte.

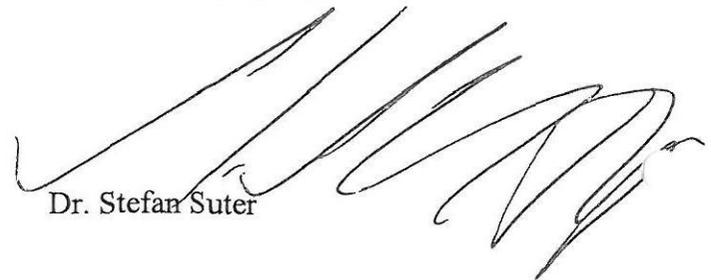
Beweis: Beizug Unterlagen Gemeindeverwaltung Riehen

ex officio

2. Es wurde bereits den Landeigentümern/Anstössern, in persönlichen Schreiben mitgeteilt, dass ihnen einerseits Land weggenommen wird zwecks Verbreiterung der Strasse und sie dafür sogar bezahlen müssten. Dies ist äusserst stossend, weil diese asphaltierten Strassen Jahrzehnte alt sind und für die betroffenen Anstösser keinerlei Mehrwert resultiert.

3. In zu formalistischer Sicht legt die Gemeindeverwaltung Mehrwertbeiträge für Neubaugebiete (bei denen eine solche Erhebung völlig korrekt ist) auf Jahrzehnte alte Liegenschaften um. Dies ist sehr stossend und im Übrigen auch nicht bürgernah.
4. Es wird deswegen beantragt, dass die Petitionskommission des Einwohnerrates eine Untersuchung durchführt und dem Einwohnerrat Vorschläge unterbreitet, wie eine Lösung gefunden werden kann, die von Mehrwertbeiträgen und sinnlosen Strassenverbreiterungen absieht.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Stefan Suter

Beilagen:

- Unterschriftsbögen
- Schreiben Gemeinderat vom 19.03.10